



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
23.02.2016

Ja zur „Reduzierung der Asylbewerberzahlen“ – der Münchner Stadtrat unterstützt den OB bei seinem Kurswechsel in der „Flüchtlings“politik!

Ich beantrage:

Der Stadtrat beschließt die Verabschiedung einer Resolution, in der sich das Münchner Stadtparlament die jüngst erfolgte asyl- und „flüchtlings“politische Kehrtwende des Oberbürgermeisters zueigen macht und den OB insbesondere in seiner Forderung nach einer „Reduzierung der Asylbewerberzahlen“ unterstützt.

Begründung:

Im Zuge einer vielbeachteten, wenngleich längst überfälligen politischen Kurswende bekennt sich neuerdings auch der Münchner Oberbürgermeister zur Forderung nach einer „Reduzierung der Asylbewerberzahlen“ und zu einer spürbaren Entlastung vom weiteren „Flüchtlings“-Zuzug in die bayerische Landeshauptstadt – eine Forderung, die noch bis vor wenigen Wochen im Münchner Stadtraut ausschließlich von der Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) vertreten wurde. Umso mehr ist die Wende des OB hin zu einer realistischeren „Flüchtlings“- und Unterbringungspolitik zu begrüßen.

In dieser hochsensiblen Situation, in der sich der OB nicht nur mit seinen eigenen politischen Fehlentscheidungen der letzten Monate („München schafft das“), sondern auch mit dem Unverständnis bisheriger politischer Weggefährten konfrontiert sehen muß, ist das Stadtoberhaupt umso mehr auf die Unterstützung des Münchner Stadtparlaments angewiesen.

Eine Resolution des Stadtrats, die dem OB in seiner schwierigen Position den Rücken stärkt und den Kurswechsel der Oberbürgermeisters in der „Flüchtlings“frage zur Position des gesamten Münchner Stadtrats macht, wäre hier hilfreich. Zu denken wäre an eine ebenso plakative wie prägnante Positionsbestimmung, wie sie der Münchner Stadtrat auch zu anderen Fragen immer wieder abgibt, etwa wenn es um

b.w.

wohlfeile „gemeinsame Bekenntnisse“ aller „Demokraten“ zur Unterstützung einer islamischen Großmoschee für München, um Verbundenheitsadressen zum Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan oder – immer wieder beliebt – „gegen Rechts“ geht. In guter Erinnerung ist auch die erst im September 2015 verabschiedete Stadtratsresolution zur „Willkommenskultur“, in der die „demokratischen Fraktionen“ des Stadtrats volltönend ihren Stolz darüber zum Ausdruck brachten, „dass diese Stadt einen Schutz vor Krieg, Verfolgung und Not bieten kann[,] und (...) auch weiterhin unserer Aufgabe nachkommen“ würden (fehlende Kommasetzung im Originaltext; KR); ein Bekenntnis, das freilich im Licht der inzwischen eingetretenen Entwicklung ebenso wie der erfreulichen Kehrtwende des OB nicht mehr zu halten ist und heute als handfeste Fehleinschätzung gewertet werden muß.

Ein anderer Passus aus der Resolution vom September 2015 könnte dagegen wortgleich in den jetzt gebotenen Text übernommen werden: „Gleichzeitig appellieren wir an die Bundesregierung, die der Situation angemessenen bundespolitischen Maßnahmen zu ergreifen.“

Die Unterstützung, die dem OB bei seinem Kurswechsel durch die hier vorgeschlagene Resolution des Stadtrats zuteil werden könnte, wäre umso gewichtiger, je größere Teile des Stadtparlaments sie sich zueigen machten. Die im Stadtrat vertretenen Parteien und Gruppierungen könnten durch ihre Zustimmung zu einer solchen Resolution gleichzeitig deutlich machen, daß auch sie in der Vergangenheit durchweg falsche, von einer wachsenden Mehrheit der Bevölkerung abgelehnte Positionen („Refugees welcome“) vertreten haben, daß sie sich nunmehr und im Angesicht kaum noch bewältigbarer Herausforderungen jedoch – zugegebenermaßen viel zu spät – der Realität zu stellen und längst überfällige asyl- und „flüchtlings“politische Konsequenzen zu ziehen bereit sind.

Die Öffentlichkeit würde ein solches Signal, das stillschweigend auch das Eingeständnis des eigenen Irrrens einschließt, als Zeichen einer oft vermißten Aufrichtigkeit der Politik im Umgang mit dem Bürger gewiß honorieren.



Karl Richter
Stadtrat